

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Bernd Schreyer (KV München)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 158 bis 161:

Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik werden wir eine Enquete-Kommission einrichten. Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu schließen. Stattdessen stärken wir dasein am Ertragswert orientiertes Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel

Begründung

Die Bodenpreise sind - mit Anstiegen von mehreren 100% innerhalb von zehn Jahren - explodiert. Sie sind wesentlich vor allem auf Wohnungsmärkten mit angespannten Wohnungsmärkten DIE TREIBER von nicht mehr bezahlbaren Wohnungsimmobiliens- und Mietpreisen. Zugunsten leistungsloser Gewinne von Eigentümern und Spekulanten. Unter anderem die Initiative Bodenwende hat dazu Vorschläge gemacht mit der nächste Bundestag qualifiziert befassen muss.

Das kommunale Vorkaufsrecht kann von vielen Kommunen immer weniger vollzogen werden, weil die Marktpreise (u.a. München) zu hoch sind. Deswegen brauchen wir eine mehr am Ertragswert orientierte Preislimitierung.

weitere Antragsteller*innen

André Schreyer (KV Bautzen); Christoph Heidenhain (KV München); Alexandra Rudat (KV München); Ludger Kilian (KV Dresden); Sonja Rümelin (KV München); Dorothee Stinshoff-Kraus (KV München); Ulrich Martini (KV München); Christine Harttmann (KV München); Ines Curtius (KV München); Sebastian Leininger (KV München); Thomas Dienberg (KV Leipzig); Caroline Sophie Meder (KV Plön); Sarah Mück (KV Lübeck); Andreas Rieger (KV Dresden); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Sylvia Rädlein (KV München); Martin Züchner (KV München); Harald Rech (KV Saarbrücken); Josef Hellauer (KV München); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.